

VORWÄRTS

Sozialistische Zeitung

öS 8.-

⊕ Sparpaket
 ⊕ Sozialabbau
 in Europa
 ⊕ Islamischer
 Fundamentalismus

Naziszene aktiver denn je! Morde von Oberwart waren der Anfang!

Alarm! Stoppt den Naziterror!

Sozialistische Linkspartei / SLP
 Österreichische Sektion des CWI/KIM
 Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien
 Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
 E-Mail slp@gmx.at

Der Naziterror geht weiter. Nach 2 Briefbombenserien und Anschlägen in Graz und Klagenfurt wurden nun 4 Roma und ein Müllmann Opfer der Rechtsextremisten. Einige Tage später tauchten mehr als ein Dutzend „falscher“ Bomben in Salzburg auf.

von Michael; JRE-Wien

In den ersten Stellungnahmen zeigte das Innenministerium einmal mehr sein wahres Gesicht. Zuerst hieß es, eine Schießerei mit Pumpguns hätte stattgefunden, dann waren es die Roma selbst, die sich in die Luft sprengten. Sogar in den Wohnungen der Oberwarter Roma wurden von 80 (!) Polizisten Hausdurchsuchungen veranstaltet - aus Opfern werden Täter gemacht. Einen Tag brauchte man, um sich dazu durchzuringen, einen "wahrscheinlichen" Anschlag anzunehmen. Nach der ersten Verurteilung von Gottfried Küssel ist ein Teil der organisierten österreichischen Neonazis zu konspirativer Arbeit übergegangen. Vor allem die Aktivisten der VAPO (Volkstreue außerparlamentarische Opposition) sind entweder abgesprungen oder zum Zellenystem, das weniger durchschaubar ist, übergegangen. Und die „Ostmark“-Nazis dürften dabei erfolgreich sein. So wurde in der Zeitung der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front), dem Netzwerk der Nazis, ausdrücklich die Wr. Neustädter Kameradschaft gelobt. Die Zellen agieren meist autonom, nur der Zellenleiter kennt die übergeordnete Befehlsstelle - die Infos werden über Computermailboxen weitergegeben. Die

Vermutung liegt nicht so fern, daß sich nun die einzelnen Zellen die Wette durch das Land bomben.

Roma und Sinti tauchen immer wieder in rechtsextremer Literatur auf. So beschrieb die Zeitschrift "Aula" (Zeitung des Freiheitlichen Akademikerverbands) "Zigeuner" als "Angehörige einer wandernden... Minderheit indischer Herkunft, die durch ihr fremdartiges Aussehen charakterisiert werden kann". Daß sich in diesem Klima rechtsextreme Bombenschmeißer bestärkt fühlen, Angehörige der österreichischen Minderheiten umzubringen, ist klar.

Alles nur Heuchelei!

Das Heucheltum einer Regierung, die sich über Terroranschläge bestürzt zeigt, selbst aber jährlich Hunderte in den möglichen Tod abschiebt, ist nicht zu überbieten. Den Vogel hat aber wieder mal "Führer Haider abgeschossen. Der meinte, es gäbe eine Zusammenarbeit zwischen altkommunistischen Geheimdiensten und der Neonaziszene; auch der jugoslawische Geheimdienst spiele möglicherweise eine Rolle bei den Bombenanschlägen der letzten Jahre (!).

Nun, die Einstellung von F-Funktionären zu diesen Fragen ist sowieso allgemein bekannt, doch muß immer wieder unterstrichen werden, daß

der gesamte Staat, Justiz und Polizei scheinbar auf dem rechten Auge blind sind und sein wollen. Erst jüngst wurden wieder Details über die Verquickung von Nazis und „Sicherheitsapparat“ bekannt. Da treibt eine "Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachbeamten" (NS) ebenso wie die nach argentinischen Todesschwadronen benannte "AAA" ihr Unwesen. Eine Polizistentruppe namens "PSV Sportverein Böhse Onkelz", die immer wieder zu Repressalien gegen Antifaschisten greifen, runden das Ganze ab.

Ins Bild paßt auch, daß der Polizei offensichtlich bereits seit einem Jahr ernstzunehmende Drohbriefe der Nazi-Szene vorliegen, die Informationen darüber enthalten, aber sogar den Bedrohten selbst vorenthalten wurden. Das Argument "Bombenterror" soll jetzt dazu dienen, den Staat zu stärken. Der sogenannte "große Lauschangriff" scheint beschlossene Sache, ohne die Anschläge der Faschisten hätte man diesen schweren Angriff auf die persönliche Freiheit nie so ohne weiteres durchgebracht. Innenminister Löschnak meint, daß es der Exekutive einfach an technischen wie juristischen Möglichkeiten mangelt, und daher die Stapo nicht erfolgreich sein konnte. Letztendlich ist es Ziel der Nazis, mit ihrem Terror einen Rechtsruck im Lande zu erzielen; ein starker Staat, der (fast) im-



mer gegen Linke eingesetzt wurde und wird, ist ein erster Schritt. Es muß ein gesellschaftliches Klima vorhanden sein, in dem Nazis beginnen, Bomben zu schmeißen. Dieses Klima gilt es zu ändern. Dabei können wir uns weder auf die Abschieber Regierung noch auf die rechtsextrem

durchsetzte Polizei verlassen. Ein Roma-Vertreter meinte nach den Anschlägen: „Meine größte Angst ist jetzt der Schrei nach mehr Möglichkeiten für die Polizei. Ich sehe tagtäglich, daß wir die letzten sind, denen das nützt.“ Er hat recht. Wir müssen selber handeln! Gemeinsam!

Jugendkongreß
- gegen rechte Hetzer
Samstag, 1.4.1995; 13.30 Uhr
- gegen Sozialabbau
Sonntag, 2.4.1995; 15 Uhr

Haus der Begegnung, 1020 Wien, Praterstern
Jugend gegen Rassismus in Europa

Briefbombenprozeß

Nach fast eineinhalb Jahren liegt nun die Anklage gegen die drei Neonazis P. Binder, F. Radl und A. Wolfert auf dem Tisch. Die Öffentlichkeit soll damit beruhigt werden, doch sehr viel hat Staatsanwalt Fasching nicht zu bieten - Der Prozeß beruht nur auf Indizien, und Wolfert wird nicht einmal im Zusammenhang mit den Briefbomben, sondern „nur“ wegen NS-Wiederbetätigung angeklagt. Gegen die bestehenden rechtsextremen Gruppen geht die Exekutive kaum vor. Außerdem lassen sich Naziorganisationen, wie das Beispiel Küssel/VAPO zeigt, auch aus dem Gefängnis leiten: Küssel hat Telefon und Computer in der Zelle. Das ist der behördliche Kampf gegen Nazis! Wir müssen uns gegen rechts selbst organisieren - Komm zu JRE!

So mancher Linker blickt in diesen Tagen mit verklärtem Blick zurück. Vor 25 Jahren trat die erste SPÖ-Allregierung ihr Amt an. Die Sozialdemokratie stand damals in den Augen vieler Arbeitnehmer und Jugendlicher für etwas heutzutage Unglaubliches: Für ein alternatives, nicht profitorientiertes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. „Demokratie in allen Lebensbereichen, soziale Gerechtigkeit, Umverteilung und eine solidarische Weltordnung“ waren die Eckpfeiler, an der die SPÖ-Spitze vorgab, ihre Politik festzumachen. Angesichts des jetzigen sozialen Kahlschlags und der ausländerfeindlichen Gesetzgebung könnte man glauben, daß Kreisky nicht Bundeskanzler, sondern ein linksradikaler Revolverwar war. Aber hatten wir mit ihm nicht auch den bedingungslossten Rhetoriker und gewieften Taktiker, der alle Bevölkerungsgruppen, inklusive großer Teile der Bürgerlichen wie der Industriellenvereinigungen, zumindest „ein Stück des Weges“ Richtung Sozialismus einbinden konnte? Was die „kleinen Leute“ an ihm so liebten, war, daß er (im Gegensatz zu Vranz und Co) wenigsten ihm und wieder einmal präpotentem ÖVPler oder Journalisten mit linkem Populismus so richtig über die Papen fuhr. Daß sich in den 70er Jahren in Österreich tatsächlich etwas bewegte, hat nicht nur der spätere Brehon noch so sein können, sondern auch die Politik der SPÖ. In den meisten westeuropäischen Staaten herrschten damals ähnliche Bedingungen: Eine heruntergewirtschaftete bürgerliche Clique und enormer Druck von unten (begünstigt mit Jugendgewegungen) Richtung Aufbruch verketterter Strukturen. Das ganze spielte sich vor dem Hintergrund erster kapitalistischer Krisenerscheinungen ab.

Diese explosive Mischung bewirkte einen Linkerschwung in ganz Westeuropa: In vielen Staaten (Deutschland, Österreich, Spanien, Griechenland...) kamen in der Folge „Linke“ Parteien an die Regierung. Getragen von einer Welle der Unterstützung von Arbeitern und Jugendlichen gab es soziale Verbesserungen, Verstaatlichung, Ausbau von demokratischen Rechten... Triebfeder dieser Entwicklung war die Angst der Unternehmer vor Bewegungen aus den Betrieben, Schulen und Universitäten. Sie banden erfolgreich Leute, die Kapitalismus als „Gegensatz zur Mitte“ der Welt empfanden. Bereitwillig traten diese mit den „errungenen“ Verbesserungen vor die Basis und erklärten: Das haben wir erreicht, das ist genug, mehr ist nicht möglich. Doch diese Politik der begrenzten Reformen erwies sich als begrenzt. „Lieber ein paar Millionen Schulden mehr als einige tausend Arbeitslose mehr“ lautete das Credo der kreiskayschen Wirtschaftspolitik. Jetzt ziehen einige Gewerkschafter diese Konsequenz aus der Schuldbüchse. Sie übersehen, daß es Kreisky selbst war, der mit dieser Politik für die SPÖ den Weg in die Politik im Rahmen des Systems des Kapitalismus selbst öffnete. In den 1980er Jahren führte die SPÖ in Österreich zu einer Krise des Kapitalismus selbst. Mitte der 70er Jahre immer geringer: Stieg zu verändern oder auch nur zu bewahren, bedeutete zunehmend etwas in die Grenzen „ans“ Wirtschaftssystem zu stoßen. Sie überschritten, dazu war Kreisky nicht bereit. Er selbst leitete die ersten Sozialabnahmemaßnahmen ein, die zur Krise 1983 führten. Sein letzter politischer Akt bestand darin, die Koalition mit der FPÖ vorzubereiten. Kreisky war (abgesehen von seiner Jugend) auch in Ratten der Parteiführung kein Linker. Angesichts dessen mag es als Ironie der Geschichte erscheinen, wenn wir heute als Linke in vielen Fällen die Reformen seiner Ära gegen die Politik der jetzigen Parteiführung verteidigen müssen.

Was will VORWÄRTS?
Für die große Mehrheit der Menschheit hat dieses Wirtschaftssystem nichts zu bieten. In der „3.“ Welt sterben täglich zehntausende Menschen, die Umweltverschmutzung wird zunehmend zu einem unlösbaren Problem, und auch in den westlichen Industrieländern wie Österreich leiden immer mehr Lohnabhängige unter Sozialabbau und Arbeitslosigkeit. Auf der anderen Seite wird eine kleine Minderheitsgesellschaft immer reicher und reicher. Die Ablösung dieser, der kapitalistischen Gesellschaft ist überfällig. Würden die industriellen Kapitalisten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt sinnvoll genutzt bzw. gerecht verteilt, müßte kein Mensch mehr hungern, und die Umweltverschmutzung könnte beendet werden.

Ein paar Reformen können da nichts ändern, daher streben wir ein neues Wirtschaftssystem an. VORWÄRTS ist Teil einer internationalen Bewegung, die in fast allen Ländern der Welt Kampfen führt gegen die Angriffe des Kapitals auf politische und soziale Rechte, die die Arbeiterbewegung durchgesetzt hat. VORWÄRTS-Kampfen sind dort vertreten, wo wir heute als Linke in vielen Fällen die Reformen seiner Ära gegen die Politik der jetzigen Parteiführung verteidigen müssen.

In der SPÖ kämpfen wir gegen die bürgerliche Politik der Parteiloyalität und für einen sozialistischen Kurswechsel. VORWÄRTS-Kampfen sind dort vertreten, wo wir heute als Linke in vielen Fällen die Reformen seiner Ära gegen die Politik der jetzigen Parteiführung verteidigen müssen.

Sparefroh Haider!

Meinen viele, die F treibt die ehemaligen Großparteien vor sich her, so erlaubt das Beispiel Sparpaket auch eine andere Interpretation. Egal wie sozial und arbeitnehmerfeindlich die Politik der großen Koalition ist, die F versucht, auch das in den Schatten zu stellen.

von David Mum, JRE-Wien West
Von John Evers

Denk die konkreten F-Vorschläge, die sich hinter der populistischen Rhetorik verstecken, zeigen deren Charakter als aggressive Unternehmenseinheit. Ein Auszug aus dem FPÖ-Sparpaket:
Arbeitslose: Verschärfung der Zuverlässigkeitsbestimmungen, Kürzung des Arbeitslosengeldbezuges, wenn der Arbeitslose die Vermittlungsstelle nicht besucht, Pflichtarbeit für Langzeitarbeitslose und im Notstand stehende Beschäftigungslose.
Senkung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne
Einschränkung der Grattischulberichte
Keine Familienbeihilfe für Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die sich im Ausland befinden
Ausländerpolitik: Einführung des Samsomiedlöhne
Pensions: Eigenvorsorge, Reduzierung der Frühpensionsleistungen
Einschränkung der Sozialhilfeleistungen
Aushöhung der Klassenschulterhebungsbeitrag
Kostenbeitrag von Studenten, bei Überschreiten der Mindestdauer um 2 Semester
Beamt: Kein Ersetzen des „natürlichen Abganges“
Privatisierung öffentlicher Unternehmen
Daß die F dieses Sammelurium an Arbeitnehmer- und Ausländerfeindlichkeit nicht in der Öffentlichkeit präsentiert, ist logisch, denn es ist nicht mehrheitsfähig, da die Mehrheit der Österreicher das Sparpaket für sozial feindlich hält. Es zeigt aber, daß Haider nicht der Gewinner der Sozialabwupolitik ist, sondern ihr glühendster Verfechter.

F und Naziterror

Der rechtsextreme Terror, der ganz Österreich erschütterte, wurde von der F natürlich nicht als solcher verwertet. Meinte Haider, Gewalt habe kein Mascher, sei als weiches rechts links, so wollte Rauber von der F-Bürgerland den Linken eine Mitverantwortung andeuten, weil sie die rechten Anschläge provozieren, indem sie die FPÖ immer in das rechtsextreme Eck stellen. Um sich nicht vor rechtsextremem Lager zu trennen, wird der Rechtsextremismus von der F nie als solcher bezeichnet.

Freiheitliche Stoppen!
Die Freiheitlichen liegen laut Umfragen bereits Kopf an Kopf mit der ÖVP. Das beweist: diese Regierung mit ihrem Sozialabbau und ausländerfeindlichen Maßnahmen führt direkt zu Haider. Die „FPÖ-polarisiert von rechts. Denn müssen wir durch den Kampf um unsere sozialen und politischen Rechte etwas von links entgegenzusetzen.“
Dure Um benennung, durch die man vorgibt, statt einer Partei eine Bewegung zu sein, verfolgen die Freiheitlichen eine Taktik der Rechten in ganz Europa: sich als etwas Neues mit traditionellen Parteien nicht gleichbar, darzustellen. Ein Unterschied ist sicherlich der, daß Parteien gewisse demokratische Entscheidungsgewinne einhalten müssen, während in der F mittlerweile, nachdem sich das Führerprinzip so wie so schon durchgesetzt hat, auch

Wir wehren uns!

„Uns reicht's - Sozialisten in der SPÖ wehen sich“

SchülerInnen bekommen nicht nur die Kürzungen im Bildungswesen und bei den Familien zu spüren, sie sind auch mit den konservativen Schulplänen konfrontiert. Dagegen hat sich nun die Schüler Aktions Plattform (SAP) gebildet. Am 24. 2. gibt eine Demonstration über die Mariäheilstätte. Die SchülerInnen: „Busak spar dir selber ein“. Bei der anschließenden Veranstaltung wurden von Vertretern aus über 20 Schulen Aktionen diskutiert und ein Forderungskatalog aufgestellt.
Keine Kürzungen im Bildungsbereich, Schule muß für jeden leistbar sein
Keine Selbstbehalte, keine Schulbehalte
Keine größeren Klassen oder Gruppen
Verbesserte Aus- und Weiterbildung der Lehrer hin zu alternativen Unterrichtsmethoden
Keine Eliteschulen
Gesamtschule bis 15 und praxisbezogener Unterricht
Mithilfsmittel der Schüler
Die Reichen sollen zahlen

ÖGB: Sieger sehen anders aus!

950.000 leben bereits unter der Armutsgrenze, Tendenz steigend. Die neuen Regierungsmaßnahmen treffen die Ärmsten der Armen. Trotz des radikalen Sozialabbaus schaut der ÖGB zu.

Gehmecher Michael: AKÖ-Wien Ost
Die Eckpfeiler des „Sparpakets“, wie die Erhöhung der täglichen Normalarbeitszeit, die Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge für Saisonbeschäftigte (bei gleichzeitiger Kürzung der Arbeitslosenunterstützung) und die Einsparungen im Gesundheitswesen sollen bleiben. Berichte darüber kann man in den Medien lange suchen. Auch der ÖGB und seine Fachgewerkschaften schweigen sich darüber aus. Während sich die ÖVP gegen die Kommunalabgabenerhöhung, die Kürzung des ÖGB, daß dem Sparpaket (die Spitzen genommen wurden). Es ist ein doppeltes Spiel. Einerseits werden wir in einer Stellungnahme von ÖGB und AK vom 9.2.95 die neuen Maßnahmen größtenteils verurteilt, andererseits stützt der ÖGB die Regierung und mobilisiert die Mitglieder nicht gegen die Belastungen. Nicht mehr mit einem „Nein“ der ÖGB-Abgeordneten im Parlament wird gedroht. „Es wäre zu voreilig, jetzt schon ja oder nein zu sagen“, sagen jene Gewerkschaftsfunktionäre, die in ein paar Monaten vielleicht „Der Zug ist abgefahren“ sagen werden. Vielen Kollegen ist dieses Spiel zu alt und zu wirkungslos. In Betriebsversammlungen, Betriebsratsitzungen und in Gesprächen zeigt sich die Wut immer deutlicher. Viele, vor allem Betriebsräte, wollen dieses Wort in Widerstand verwandeln. Dazu wäre als erster Schritt eine gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz notwendig: wie sie zum Beispiel von der Chemiearbeitergewerkschaft auf Druck der Basis gefordert wird. (Für Kollegen

Walla, Arbeitsratsvorsitzender der ÖMV-Lager Lobau war die Unter-schriftenliste: "Guten Morgen" ein Anlaß diese von seiner Gewerkschaft zu fordern. Diese Konferenz würde die Proteste vereinhelichen, und es könnten offen weitere Kampfmaßnahmen besprochen werden. Sie wäre ein klares Signal an die Regierung. Für die Auseinandersetzungen der nächsten Monate wäre außerdem eine breite Informationskampagne notwendig. In den Monaten März und April werden entscheidende Wahlen für die österreichische Arbeiterschaft gestellt. Kommt in den nächsten Wochen keine Gegenwehr, werden Wirtschaft und Unternehmen schon beim „Budget 96“ die nächsten Sozialkalkalshilfsmaßnahmen durchsetzen. Daher tritt wir ein für:

- lokale Protestaktionen der verschiedenen Betroffenen mit Unterstützung der Gewerkschaften
- Informationen durch Betriebsversammlungen und Verhandlungen
- Unterstützung der Demonstration am 25.3.95
- eine gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz, um weitere Kampfmaßnahmen vorzubereiten

IKL muß bleiben

„Interkulturelle Lernen“ stellt eines der erfolgreichsten Projekte im Bereich der Kinderbetreuung dar. Per 30. Juni 1995 soll es, wenn es nach den Plänen von Vizebürgermeisterin Laska geht, endgültig auslaufen.

aus der VORWÄRTS-Sondernummer zum IKL

In über hundert Außenstellen lernen und spielen höchst engagierte Angestellte Nachmittage für Nachmittage mit Kindern verschiedener Nationalität. Muttersprache und Religion: Der Kostenbeitrag von ÖS 50,- ermöglicht es, gerade sozial schlechter gestellten und ausländischen Eltern, ihre Kinder am Nachmittag versorgt zu werden.
Das Schicksal der 388 Besucher ist absolut neuartig. Die Kinder werden von der Belegschaft „Keine Kündigungen. Unsere Forderungen bringen wir“ Laska ignoriert. Für sie steht fest: Per 1.7.1995 gibt es kein Projekt mehr. „Behaltung der Standorte“ hat die Belegschaft gefordert. Frau Laska will diese binnen weniger Wochen durchstören und prüfen. Wozu die- „Welche konkreten Kriterien sind richtungswiesend: Leisbarkeit für alle, Ausbau und Interkulturalität für der Parteiloyalität“ gibt es weder ein Konzept noch eine klare

Kurz & Bündig

- Die Kameradschaft IV der Waffen-SS feiert**
Am 9.12.1994 fand in Markt Piesting die Weihnachtsfeier der „KIV“ statt. Auf einer Einladung zur Feier... „HEIL 1995...“ waren neben dem Wahlspruch der SS... „Unsere Ehr heißt Treue“... und einem Hakenkreuz (I) auch der Text des Treueeides der SS, sowie eine Aufforderung, dieses bei der Feier zu singen, abgedruckt. Jugend gegen Faschismus/Wiener Neustadt macht nun eine Kampagne gegen derartige Umtriebe.
- Elitäre Mittelschul-karrierelbahn (MKV)**
Der ÖVP-nahe MKV hat dem Unterrichtsministerium einen Forderungskatalog übergeben, der sich wohl mit den (bestmöglichen) Wünschen des konservativen Schulpolitikers deckt. Das Gymnasium soll wieder nur für „die Elite“ zugänglich sein. Schüler mit einem negativen Erfolg, sollen nach dem ersten Schuljahr von der AHS verwiesen werden können, außerdem wünscht sich der MKV noch eine Aufnahmeprüfung für die AHS und stellt sich gegen die Gesamtschule.
- ÖMV zahlt 10% Dividende**
Die Aktionäre der ÖMV können sich freuen - 10% Dividende werden hier ausgeschüttet. Wer freut sich nicht? Die 11 (rund 1300) Mitarbeiter, die 1993 abgeworfen wurden und die verbleibenden Beschäftigten, die von ihnen ständig „zurückhaltend“ bei den Löhnen und Gehältern verlangt wird.
- ÖVP setzt sich durch**
Auch bei der Frage der Kommunalabgabe (wahrscheinlich die einzige Maßnahme im Sparpaket, die für die Unternehmer Nachteile bringt) hat sich die ÖVP durchgesetzt. Statt dessen soll der Investitionsbeitrag (IB) gekürzt werden. Der Haken an der Sache: das betrifft nur jene Betriebe, die Gewinne machen, und das sind ja geradehin die 33%. Außerdem angekündigt: Die Unternehmer darauf, daß der IBB sowie der Stand der EU abgeschafft wird. (Und dann werden sie vom Staat auch noch Ersatz dafür verlangen.)
- Staat zahlt Pension der Selbständigen**
Auch gegen den versätkerten Angriff auf die Arbeitnehmerrechte und die geplanten sozialen Einsparungen wurde kaum eingegangen. Fragen, was die Verlängerung der Normalarbeitszeit mit Sparen zu tun habe oder warum man sich als „Industriestand“ gegen den verschärften Angriff auf die Arbeitnehmerrechte lassen müsse, wenn es doch eine Verstaatlichung (die man verschweigt), wurden nicht oder nur mit Polemik beantwortet.
- Das Belastungspaket einfach zu akzeptieren, damit werden sich denno- ch viele Betriebsräte nicht einfach zufriedengeben.

Akzeptiert die GPA das Belastungspaket?

Am 6.2.95 veranstaltete die GPA Niederösterreich eine Betriebsrätekonferenz mit Podiumsdiskussion zum Thema Sparpaket. Ein zentraler Punkt war die Frage, wie die ÖGB-Führung davor zurückschreckt, eine gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz zum Thema Sparpaket abzuhalten.

von Andrea Koch, ÖMV-Betriebsrätin
Für jeden Teilnehmer lag die GPA-Broschüre „Umverteilung“ auf, die verdeutlicht, in welche Richtung verteilt werden wird: von unten nach oben, von arm zu reich. Von den Diskussionspartnern Minister Klima und Hans Sallmutter (GPA-Vorsitzender) erwarteten sich viele eine kontroversielle Diskussion und ein offenes Auftreten des GPA-Chefs.
Am Podium herrschte jedoch seltsame Einigkeit. Beide Seiten betonten, wie wichtig es sei, Österreich als Industriestandort attraktiv (d.h. gemächlich für die Unternehmer) zu sichern. Auch die scheinbar wiedererlangte Einigkeit zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung wurde betont. Der „soziale“ Frieden müsse erhalten bleiben. Wie die laufenden Anträge...
Sallmutter berichtete von den möglichen Abschwächungen im Sparpaket, die erst durch Intervention der Gewerkschaften möglich wurden. Gab sich Sallmutter auf dem 13. Gewerkschaftstag der GPA noch klassenkämpferisch, vermißte er es jetzt, das Sparpaket und seine negativen sozialen Auswirkungen grundsätzlich zu verurteilen. Kein Wort mehr von Kampfmaßnahmen.
Einige Betriebsräte hatten jedoch Zweifel, daß das Sparpaket zum Wohle aller geschneit wurde und alle an einem Strang ziehen. Auf Wortmeldungen gegen den versätkerten Angriff auf die Arbeitnehmerrechte und die geplanten sozialen Einsparungen wurde kaum eingegangen. Fragen, was die Verlängerung der Normalarbeitszeit mit Sparen zu tun habe oder warum man sich als „Industriestand“ gegen den verschärften Angriff auf die Arbeitnehmerrechte lassen müsse, wenn es doch eine Verstaatlichung (die man verschweigt), wurden nicht oder nur mit Polemik beantwortet.

IKL muß weitergehen
Keine Kündigungen, Übernahmeparität für alle Angestellten
IKL muß im Sinne einer interkulturellen Nachmittagsbetreuung weitergehen
Keine Erhöhung der Elternbeiträge
Dienstverhältnisse, die sich in diesem Bereich üblichen Regelungen (z.B. Betriebsvereinbarung der Kinderfreunde) orientieren
Vollständige Information und Einbeziehung der gesamten Belegschaft durch Betriebsrat und GPA. Solange die Forderungen der Belegschaft nicht erfüllt sind: weitere Kampfmaßnahmen
Wichtiger denn je: Breite Unterstützung durch Gewerkschaften und Kollegen aus dem Sozial und Integrationsbereich.

Reportagen: Historiker und J.L.S.: VORWÄRTS ist ein sozialistisches Demokratieverständnis. P.F.: 1992 Wien. Druck: Druckerei Brucke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23. Herstellungs- und Verlagsort: Wien.



Europas Bosse blasen zum Angriff!

Mit ihrem Programm des sozialen Kahl-schlags steht die österreichische Bundesregierung keineswegs alleine da.

von John Evers
In ganz Europa finden unter den Suchworten „Konsolidierung“ und „Strukturpassung“ Sozialabbau, Privatisierungen und Massenentlassungen statt. Woher kommt die wachsende Verschuldung der Haushalte, die steigende Arbeitslosigkeit, die wachsende Armut und die damit verbundene politische Instabilität? Die kapitalistische Weltwirtschaft befindet sich seit 20 Jahren in einer Niedrigphasenphase. Unterbrochen wurde diese zwar von schwachen Aufschwüngen, aber diese änderten an den grundsätzlichen Problemen nichts. Diese sind: Sinkende Wachstumsraten (im Vergleich zu den Jahren 1950-1974) und eine strukturelle Krise in der Produktion. Egal, welche Wirtschaftsprogramme angewendet werden, keines würde diese Probleme lösen. Das drückt sich in einer ebenfalls strukturell hohen Ar-

beitslosigkeit und Verschuldung aus. Angehäuftes Kapital wird selbst in Zeiten des Wachstums nicht in die Industrie investiert, sondern zur Spekulation genutzt - für Aktien, Wertpapiere und Grund und Boden, die immer mehr Profit versprechen.

Das hat dazu geführt, daß in den 80er Jahren die Wirtschaft zwar „offiziell“ gewachsen ist, es aber zu den üblichen Rückgängen im industriellen Sektor kam. Der Einsatz neuer Technologien hat im wesentlichen nicht zur „Eröffnung“ neuer Produktionszweige geführt. Vielmehr wurde in den bestehenden Bereichen die Arbeit intensiviert und so die Kosten gesenkt. Die Konsequenz davon besteht z.B. darin, daß in der OECD die Produktion um ein Drittel stieg, geschähen aber auch die Arbeitslosenziffern. Die OECD-Behörde selbst meint in einer Studie, daß eine Stei-

gerung des BIP von 3% oder mehr jährlich notwendig wäre, um die Arbeitslosenrate auf dem derzeitigen Niveau zu halten. In der OECD sind derzeit an die 30 Millionen Menschen ohne Arbeit. Die Rezession 1993 hat gezeigt, auf welch wackligen Beinen der europäische Kapitalismus tatsächlich steht. In diesem Jahr wurden mit einem Schlag 5 Millionen Menschen arbeitslos. Die ohnehin hohe öffentliche und private Verschuldung explodierte.

Ursachen des Defizits
In Österreich wuchs das Defizit statt wie vorgesehen um 60 um 100 Milliarden. Nicht der „ausufernde Sozialstaat“ ist dafür verantwortlich, sondern die Folgekosten von Entlassungen, Stützungsleistungen, Un- und Beirrit und erhöhten Zinsen. Durch Steuererhebungen an die Reichen gehen dem Staat Milliarden. Die von der EU vorgesehenen Kriterien für die Bil-

dung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion werden derzeit von keinem einzigen Land erfüllt. In der OECD beträgt der Anteil des Haushaltsdefizits am BIP derzeit 6,3%, geplamt ist die Senkung auf zwei Prozent bis zum Jahr 2000. Den Unternehmern geht es darum, gegenüber den in puncto Profitabilität im Voraus liegenden Wirtschaftsböcken Japan und USA/NAFTA aufzuholen. Durch verstärkte Integration will sich die EU (85% ihres Handels läuft über den BIP für den schwelenden Handelskrieg rüsten. Demenngemessen stehen zu unproduktiver Industriemägen (wie Kohle und Stahl), die als Ballast gesehen werden und die hohe Verschuldung.

Gibt es eine Lösung?
Den Preis für „Integration“ und Anpassung soll die Arbeiterklasse bezahlen. Sozialkürzungsprogramme sollen die in den 80er Jahren begonnene Umverteilung von unten nach oben verstärken. Lohnsenkungen und flexible Arbeitszeiten sollen die Ausbeutung und damit die Rentabilität erhöhen. Privatisierungen bringen punktuell zusätzliche Extraprofite, Massenentlassungen bei gleichzeitiger Arbeitszeitverlängerung sollen

„Struktur bereinigen“ und Kapital anziehen.
So weit, so gut. Der Haken an dem ganzen besteht darin, daß es die anderen genauso machen. In den USA und Großbritannien, in gebremster Form auch in vielen europäischen Staaten wurden in den 80ern genau diese Programme durchgezogen. Die Folgen: Die Defizite wuchsen weiter, der Lebensstandard der Massen sank dramatisch und die Profite explodierten. An der prinzipiellen labilen Situation änderte sich dadurch nichts. Im Gegenteil! In diese Länder stehen heute auf schwachen Füßen als vor 10 Jahren. Der Punkt, auf den es schließlich ankommt, ist: Läßt es die europäische Arbeiterbewegung zu, daß dieser Prozeß in verschärftem Tempo weiter fortgesetzt wird, oder erkräftigt sie eine Trendumkehr. Eine Trendumkehr, die bedeutet, sich nicht dem Unternehmerdiktat der „Sachzwänge“ unterzuzurren. Auf diesen beiden Seiten sind dafür eine Reihe von Beispielen angeführt. Es gilt aber gleichzeitig sich bewußt zu werden, welche Möglichkeiten z.B. neue Technologien prinzipiell bieten, wenn sie von den Fesseln des Profitaumens befreit werden. Wie wä es z.B. mit einer 30 Stunden-Woche bei vollem Lohn?



Die deutschen Kollegen zeigen wie's geht!
Angriffe auf die Industriearbeiter

Deutschland

Ähnliche Diskussionen wie in Österreich werden auch in Deutschland von den Unternehmern vom Zaun gebrochen. Auch das Timing ist das gleiche. So kam der Arbeitgeberpräsident Murrmann zwei Tage nach der Wahl mit seiner Wunschliste an die Öffentlichkeit. Sie bedeutet soziales Kahl-schlag: Senkung der Renten von 70% auf 60% des Nettolohnes, 100% Selbstbeteiligung bei Arztbehandlungen, etc.

Ebenso, gleichzeitig werden für heuer Gewerkschaftsteigerungen von 150% (!) erwartet, konkret von 20 Mrd. auf 50 Mrd. DM!
Die PDS werden trotzdem immer frecher beipfeifen: VW will zwanghaft 1000 Arbeiter von Emden nach Hannover schicken. Tja, Flexibilität und Mobilität sind angesagt!
Wie auch 1994 wird heuer mit einem weiteren Sinken der Reallohn schon am Kongreß der ÖTV' worden gegen den Widerstand der Führung eine gute Idee ist, die nur schlecht verwirklicht wurde.



Das ist die Antwort auf Sozialabbau!

Vor etwas mehr als einem Jahr brach das durch und durch korrupte politische System Italiens in sich zusammen und das bedeutete das Ende für die „etablierten“ Parteien.

von Manuela Tesak; JRE-Wien Süd
Aber anstatt die Wut und den Wunsch nach Veränderung unter der Bevölkerung zu nutzen, um dem italienischen Kapitalismus auf den Pelz zu rücken, erstarrte die italienische Linke wie das Karnickel vor der Schlange. So war zum Beispiel die PSD (ehemalige Kommunistische Partei PCI) damit beschäftigt, den Konzernbossen ihren Glauben an die Marktwirtschaft zu bewahren.
In das dadurch entstehende Vakuum stieß Silvio Berlusconi. Mit Hilfe seines Medienimperiums gewann er und seine Forza Italia die klaren Wählerseger. Er präsentierte sich als Saubermann, als Alternative zur Kor-

ruption (in die er zumindest indirekt eingebunden war, wie sich später herausstellte). Die neofaschistische Alleanza Nazionale wurde in die Regierung eingebunden.
Aber schon kurz nach Berlusconi's Machtantritt zeigte er sein wahres Gesicht. Vorgezogen war eine Sparpaket von 48 Milliarden Lire (ca. 316 Millionen Schilling). Das Renntal-ter sollte angehoben werden (auf 60 Jahre bei Frauen, 65 Jahre bei Männern), frühzeitige Rentenbezüge abgeschafft werden. Im Gesundheitswesen sollten 42 Milliarden, beim Militär aber nur 10,8 Milliarden eingespart werden. Auch die Schulen sollten privatisiert werden.
Was folgte war sicher für viele, die schon vom faschistischen Italien ge-

italien

sprochen hatten, unbegreiflich. Die größte Massenbewegung Europas seit 1969 entstand.
So demonstrierten am 14. Oktober 1994 nach zwei Streiks und einer Aktionswoche schätzungsweise 3 Millionen Italiener in 90 Städten. Ende Oktober gab es Streiks und Demonstrationen im öffentlichen Dienst und 30.000 Rentner demonstrierten in Rom. Anfang November streikten die Eisenbahner, die Polizei, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerte. Und ein weiterer Demonstration der 1,5 Millionen starken Demomnstr. am 12. November in Rom. Die Regierung war unter Druck und zeigte sich kompromißbereit, aber anstatt in die Offensive zu gehen, sagten die Gewerkschaften den Generalstreik am 2. Dezember ab.
Aber den Schüler und Studenten war das nicht genug. Unter dem Mot-

Demontage eines Wohlfahrtsstaats

Schweden Großbritannien

Schweden galt einst als das Vorzeigemodell eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats. Jetzt ist es ein sozialdemokratische Regierung, die das größte Sozialabbauprogramm in der Geschichte durchzuführen will.

von Markus Zahradnik; JRE-Wien Ost



Mit Beginn dieses Jahres wurden Maßnahmen eingeführt, die über 170 Milliarden Schilling (4% des schwedischen BIPs) bringen sollen. Wie bei uns auch wird die Kindererziehung gekürzt, die Kosten für verschiedene Einrichtungen ebenso wie Massensteuern erhöht. Als nächstes stehen auf der Liste: Kinderbetreuungseinrichtungen, Pensionen, Gesundheitswesen, Kürzungen beim Arbeitslosengeld und verschärfte Krankenstandsregelungen wurden bereits, mit Billigung der SP-Führung durchgesetzt. Zu Beginn der 80er Jahre betrug die Arbeitslosigkeit in Schweden durchschnittlich 2,4%. Mittlerweile ist sie auf rund 10% angewachsen. Gleichzeitig sind die Profite der großen schwedischen Konzerne wesentlich höher als in den „goldenen“ 50er und 60er Jahren.
All diese Maßnahmen haben zu einer Polarisierung innerhalb der schwedischen Gesellschaft und vor allem auch der Sozialdemokratie geführt. Nach jahrzehntelanger sozialdemokratischer Regierung kamen 1991 die Bürgerlichen an die Macht. Binnen drei Jahren hatte diese Regierung so abgewirtschaftet, daß 1994

Privatisierung öffentlicher Einrichtungen

Schweden Großbritannien

In Österreich sollen weite Teile der öffentlichen Einrichtungen privatisiert werden. In Britannien haben die Arbeitnehmer damit bereits schmerzliche Erfahrungen gemacht.

von Michael Gehmacher;

Bei der Feuerwehr z.B. kommt es regelmäßig zu Entlassungen und Kürzungen. Da der Staat viele Kosten auf die Gemeinden abwälzt, können sich diese „ihre Feuerwehr“ in der alten Form nicht mehr leisten. In der 14.000-Einwohnerstadt Shirebrook kam es 1994 zur Halbierung der örtlichen Feuerwehr durch Entlassungen und Einstellungen von Löschaufst. Die Stadt konnte aufgrund eines geschlossenen Bergwerkes und der dadurch verursachten hohen Arbeitslosigkeit das Geld für die Erhaltung der Feuerwehr nicht mehr einbringen. Durch die Privatisierung der englischen Eisenbahnen kam es zu enormen Fahrpreiserhöhungen bei gleichzeitiger Lokführerkürzung für die Eisenbahner. Einen realen Kündigungsschutz gibt es kaum; wo soll ein entlassener Lokführer wieder Arbeit finden? Auch organisatorische Schwierigkeiten entstanden: Es passiert öfters, daß man eine „falsche“ Karte kauft, ohne es zu wissen. Informationen über Reiseroften führen oft in die Irre, da die Vernetzung zwischen den privaten Bahngesellschaften nicht funktioniert. Führend ist die englische Eisenbahn nun auch bei den Unfällen, die oft durch falsche Weichenstellungen verursacht werden. Der

berechnet. Da kann es schon vorkommen, daß ein Briefträger über 130 kg (!) Post am Tag zustellen muß, weil der „Computer“ für ihn dies vorsieht. Ein Blick nach GB zeigt, daß Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen nicht nur die dort Beschäftigten treffen. Aber auch das allein wäre ein guter Grund, gegen die Pläne der Bosse zu kämpfen!



Demonstration gegen die Wasserprivatisierung

VORWÄRTS ABO-KARTE

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und los! Die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
- Ein VORWÄRTS-ABO für:
 - Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:
 - 5 Nummern zu €5 (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu €5 100 (inkl. Porto)
 - Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:
 - 5 Nummern zu €5 100 (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu €5 200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen.
- Ich verstehe mich eingeladen werden.
- Ich möchte VORWÄRTS zum Weiterverkauf (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- ★ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ★ 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- ★ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
- ★ 30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettolohns!
- ★ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen.
- ★ Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie entgeltet werden!
- ★ Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
- ★ Schluß mit Sozialabbau und Privatisierung!
- ★ Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!
- ★ Keine Stimm für die bürgerlichen Parteien! Schluß mit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern!
- ★ Nein zur Sozialpartnerschaft und jeder Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberalen Forum!
- ★ Wählt die SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
- ★ Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ!
- ★ Vergesselschaffung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- ★ Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- ★ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Kampfrufen

Eigentlich sollten wir uns bei der Regierung ja bedanken. Durch das Sparpaket interessieren sich noch mehr Menschen für unsere Ideen. Dadurch konnten wir im Februar mit €5 10.645,- fast 40% mehreres Zieles erreichen. Der Sozialabbau zeigt, was an der Phrase von "alle sitzen im selben Boot" wirklich dran, nämlich nichts! Der Protest gegen das Sparpaket wird daher immer lauter - und wird sich nicht. Dementsprechend waren wir im Februar trotz Ferien sehr aktiv. Wir waren am 6.2. auf der großen Demonstration der Gewerkschaftsjugend und haben über 50 Zeitungen an interessierte Lehrkräfte verkauft. Bei den Februarferienlichkeiten der SPÖ waren wir in Wien und Linz mit Zeitung und der Broschüre "Februar '34" - Arbeiter gegen den Faschismus" vertreten. Natürlich waren wir auch auf den Demonstrationen und Veranstaltungen anlässlich der Ermordung der 4 Roma in Oberwart vertreten. Wir verstehen uns nicht als Zeitung, die die Ergebnisse nur kommentiert, sondern wollen aktiv eingreifen und mithelfen, Veränderungen herbeizuführen.

KampffondsAktuell

10,3%	20%	30%	40%	50%	60%	70%	80%	90%	350.000
-------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	---------

Termine

- 13.1995: die SJ-Wels Barrikade diskutieren über "Sex Crime - Kirchliche Sexualmoral", mit Tomášow
- 13.1995: JRE-Wien Süd beschäftigt sich anlässlich des 25-jährigen Jubiläums mit dem Thema "Frauen und Frauenrechtsbewegung"
- 13.1995: JRE-Wiener Neustadt beteiligt sich an einer Aktion gegen das Sparpaket in Beulkingen am 14. Uhr
- 6.3.1995: JRE-Wien Nord diskutieren die Entwicklung des rechtsradikalismus nach 1945
- 0.3.1995: ein Referat der Initiative Hoek'n'staa referiert zum Thema "Achtung - fertig - Arbeitslos", bei "Uns recht's"
- 4.3.1995: mit dem Thema "New Age", beschäftigt sich JRE-Wien West
- 0.3.1995: "Kurdistan" ist das Thema von JRE-Wien Ost

Wo ihr uns treffen könnt:

- Wien**
 - "Uns recht's" - SozialistInnen in der SPÖ - wehren sich jeden Montag 19 Uhr 3. Zentrum Erdberg Lechnerstr.2-4
 - JRE-Wien Süd: jeden Freitag 19 Uhr 5, "Republik" Reiprechttsdorferstr.1945
 - JRE-Wien West: jeden Freitag 19 Uhr 7, Siebenstern.31
 - JRE-Wien Nord: jeden Donnerstag 18 Uhr 45 20, Alleeheilgenplatz 17 Ecke Donauschingenstr./Vorgartenstraße
 - JRE-Wien Ost: jeden Donnerstag 19 Uhr 11, Huggasse 8
- Bundesländer**
 - SJ Wels Gröber Barrikade jeden Freitag, 18 Uhr Ecke Loystr./Eisenhowerstr. Wels

VORWÄRTS Shop

Was ist Faschismus? ... und wie wir ihn bekämpfen Dritte, überarbeitete Auflage €5 40,- (inkl. Porto) bei der Redaktion

VORWÄRTS Was wir wollen Unser Programm 66 Seiten, €5 40,- (inkl. Porto)

Spendet!

Im unsere Ideen besser verbreiten zu können brauchen wir mehr und bessere Geräte. Doch die meisten Gelder deshalb hatten nur unsere Leser*innen Unterstützung. Im nächsten Schritt es, wenn ihr es auf unser Konto überweist, am besten gleich mit Dauerauftrag! Danke denn jeder Zahlung zählt!

PSK 8812.733

VORWÄRTS Jugend und Kultur

Reich, schön und glücklich?

Wer möchte nicht so sein, wie die begehrten TV-Jugendlichen, ala Brandon und Brenda? Auffällig ist, daß sie alle so schön und durschgeglückt sind, daß sie etwas unnatürlich wirken. Die Serienhelden und Models sind eine in „freier Natur“ nicht vorkommende Spezies. Aber die Serien, Filme und kommerziellen Jugendzeitungen sind nicht nur ein einträgliches Geschäft, sondern sie setzen auch Normen.

„Normale“ Jugendliche haben nicht nur andere Probleme, weniger begüterte Elternhäuser, sondern sehen auch anders aus als die Serienstars. Für viele wird aber gerade das zum Problem. Die in Werbung, TV und Kino dominierenden Gestalten, sind sich doch bei genauer Betrachtung gegenseitig ziemlich ähnlich. Langbeinige, makellose Frauen, deren körperlichen Rundungen sich auf den Oberkörper beschränken und durchtrainierte, muskulöse meist auch noch braungebräunte, schöne, welche Deiner Freundin überlegen, Hast Du dir schon überlegt, welche Deiner Freunde so aussehen? Bei der großen Mehrheit

Trends zu folgen. Zeitschriften, die meinen den Zeitgeist für sich gepachtet zu haben, zeigen dann den vermeintlichen Weg aus der Krise. Diese überläufen uns bei jeder Ausgabe mit „vollkommen neuen“ Trends.

Doch die Rechnung geht nicht auf! Wer von den Medien-Produkten, wie Brandon Walsh, Sharon Stone oder wie immer sie heißen, hat Pektel, kein Geld, Übergewicht, existenzielle Beziehungs- oder Drogenprobleme? Niemand! Wie können wir deshalb erwarten das sie Lösungen für uns haben. Genau das ist der Haken und deswegen sollten wir diese Klone ein und desselben Ideals als das ansehen was sie sind: Nämlich künstliche Produkte und keine Vorbilder.

„Nur die Rechnung geht nicht auf! Wer von den Medien-Produkten, wie Brandon Walsh, Sharon Stone oder wie immer sie heißen, hat Pektel, kein Geld, Übergewicht, existenzielle Beziehungs- oder Drogenprobleme? Niemand! Wie können wir deshalb erwarten das sie Lösungen für uns haben. Genau das ist der Haken und deswegen sollten wir diese Klone ein und desselben Ideals als das ansehen was sie sind: Nämlich künstliche Produkte und keine Vorbilder.“

Denken und Handeln. Individualität ist in wirklichkeit nicht gefragt. Wir sollen uns alle schön braun ins Modell einpassen und nur ja nicht zu weit davon abweichen. Denn damit können

Die Illusion vom Glück

ten eigenständige, kritische Gedanken verbunden sein. Täglich werden wir über die Medien mit einem reaktionären Bild von Sexualität und Frauen konfrontiert. Sex wird meist als etwas schmutzige, problematisches, für das Jugendliche sowieso zu jung sind, dargestellt. Frauen müssen, wenn man den Serien Glauben schenkt, in erster Linie auf ihr äußeres achten und das Denken dabei als am besten den Männern. Diese Ideologien werden aber nicht zufällig verbreitet. Irgendjemand muß dieser ganzen Blödsinn doch etwas bringen. Aber wem? Das sind nicht nur Zeitungs herausgeber, Filmproduzenten, Kosmetik-

Internationales

Frieden in Palästina?

Nachdem das Friedensabkommen zwischen PLO-Führung und Israel gescheitert ist, traf man sich wieder am runden Tisch. Seit acht Jahren leistet die palästinensische Bevölkerung Widerstand gegen die Besetzung durch Israel. Durch einen permanenten Aufstand, die Intifada.

Klimakalapp Drei Jahre nach dem Umweltgipfel von Rio gibt es am 28. wieder einen Welt-Klimagipfel in Berlin. Das Ergebnis wird wohl dasselbe sein: viel wird getradet werden, aber letztlich wird sich nichts ändern. Denn die Regierungen fühlen sich der Wirtschaft und ihren Profitten mehr verbunden als ihren Wählern, die die Ökostatrophe ausbaden müssen.

Arbeitslosigkeit International Weltweit ist rund ein Drittel der arbeitfähigen Bevölkerung arbeitslos oder unterbeschäftigt. Mit Ausnahme von 5 Staaten liegt in allen Industrieländern die Arbeitslosigkeit über 10%. Gleichzeitig gibt es eine weltweite Zunahme der Produktion und Arbeitnehmer, die überarbeitet und gestresst sind, weil sie ständig überstunden machen müssen. Perverse Kapitalismus!

Armut international Würden die 70er Jahre als „verlorenes Jahrzehnt“ für die „3. Welt“ bezeichnet, gilt dasselbe nun für die 80er Jahre im Sozial- und Entwicklungsbereich. Mehr als 20% der Weltbevölkerung leben unter der Armutsgrenze (die allerdings in die Statistiken zu schön - daß auch jene, die darüber sind, arm sind). Die Zahlen zeigen, die 1990 unter der Armutsgrenze lebten, sprechen für sich: Afrika (47,8%), Mittel- und Ost- und Nordafrika (33,1%), Süd- und Südamerika (33,1%), Lateinamerika und Karibik (22,5%). Allein in den USA und Westeuropa leben bereits mehr als 15% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

In London gibt es bereits 400.000 registrierte (also in Wirklichkeit mehr) Obdachlose, in Frankreich 500.000. 250.000 New Yorker haben in den letzten 5 Jahren in Notunterkünften gelebt.

Geld für Leben Um Kredite von Weltbank und den USA zu erhalten, setzte der mexikanische Präsident Zedillo wieder die Armeegewalt der Zapatisten in Chiapas ein. Seit 1.1.94 führt die EZLN einen Guerillakrieg gegen die soziale und politische Unterdrückung der indigenen Bevölkerung in Chiapas. Die Gewährung der Kredite ist inoffiziell an die Stabilität in Mexiko gebunden - und die wird von der EZLN gefährdet. Anstatt eine Verbesserung der Lebensbedingungen herbeizuführen, setzt die Regierung lieber auf Repression und Unterdrückung.

von Karin Zimmermann, JRE-Wien Nord



Die Intifada

Halbmond über Algerien?

Im Januar 1992 intervenierte die Armee nach den Wahlen in Algerien, die einen Sieg (47%) der fundamentalistischen „Islamischen Heilsfront“ FIS gebracht hätte.

von Franz Breier, JRE-Wien West

Der Erfolg der FIS, die vor allem auf soziale Rhetorik setzt und die Korruption der FLN (jetzige Staatspartei) kritisiert, hat eine klare Ursache. Sie resultiert aus der Unfähigkeit der FLN, die Hoffnungen und Erwartungen der Bevölkerung zu erfüllen. Die FLN hat ihre Autorität, die sie durch ihre Führung im Kampf gegen den französischen Imperialismus 1954-62 um nationale Unabhängigkeit erhalten hatte, verloren.

In den 80er Jahren sank der Lebensstandard drastisch. Die Arbeitslosigkeit steigt offiziell auf 27% (1993). Die Zurückzahlung der Auslandsschulden nimmt 80% der algerischen Exporte in Anspruch. Die Abhängigkeit vom Imperialismus stieg dadurch enorm. Für die Jugend, die zwei Drittel der Bevölkerung ausmacht, müßten jährlich 200.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese sozialen Probleme sind die Ursache für das Erstarken der FIS. Die wenigsten der Wähler sind radikale Fundamentalisten, sondern sehen die FIS als Opposition zur FLN.

Nach ihrem Wahlsieg wurde die FIS verboten und ihre Anhänger verfolgt. Es begann ein immer noch anhaltender Bürgerkrieg. 10-15.000 Kämpfer hat die FIS unter Waffenschutz und verübt Terrorakte, die auch die Zivilbevölkerung treffen. Als General Zeroul im Februar 1994 Präsident wurde, ließ er zwei FIS Mitglieder frei. Nach weiteren Zugeständnissen an die Islamisten führt das Regime nun wieder einen härteren Kampf gegen den Fundamentalismus. Am bedeutendsten wiederlich ist die strikte Ablehnung des Vorschlages der französischen Regierung, Verhandlungen in dieser Frage unter der Schirmherrschaft der EU durchzuführen. Doch zeichnet sich ein Einverständnis zwischen FIS und den Westmächten ab, die vor ei-

Internationales VORWÄRTS

Frieden in Palästina?

besetzten Gebieten, echte Autonomie und vor allem eine Verbesserung des Lebensstandards der Palästinenser gibt es in Wirklichkeit keine. Ein jüngster Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der USA, die vor allem an einem stabilen Nahen Osten interessiert ist, brachten keine wirklichen Ergebnisse.

Ein „Erfolg“ dieser Verhandlungen war, daß Israel verspricht, die nach dem Bombenanschlag in Netanya verhängte Blockade der besetzten Gebiete zu lockern. Bis dato geschah nichts. Somit bleibt der wichtigste Versorgungsweg der Palästinenser dort, rund 50.000 Palästinenser sind von ihrer Arbeit in Israel abgeschlossen. Obwohl in früheren Verhandlungen die 100%-ige Autonomie dieser Gebiete schon beschlossen war, rückt man nun davon ab. Einen Ausweg aus der Krisensituation bieten auch weitere Verhandlungen und Verträge nicht, denn die Klutz zwischen denen, die verhandeln und denen, die ausverhandelt werden sollen, ist zu groß. Weder Arafat noch Rabin, und ebenso wenig die Hamas wollen an den bestehenden wirtschaftlichen Strukturen etwas ändern. Uneinig ist man sich nur darüber, welche Nationalität die Unternehmer haben sollen. Aber diese haben schon lang keine Probleme mehr miteinander, solange der Profit stimmt. Um an der sozialen Situation im Nahen Osten wirklich etwas zu ändern, helfen keine Verhandlungen. Der Hund liegt im sozialen Elend und der künstlichen Aufspaltung dieser Region durch den Imperialismus begraben.

Islamischer Fundamentalismus

Reaktionäre Ideologie mit sozialen Phrasen! Warum gewinnt der islamische Fundamentalismus im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika immer mehr an Bedeutung?

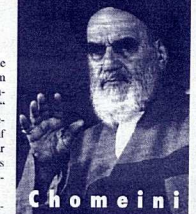
von Alexander H., JRE-Wien West

Die katastrophalen sozialen Zustände, die instabile Wirtschaft und die Bürgerkriege nützen die Fundamentalisten. Waren sie ursprünglich von einigen Staaten in den 70er Jahren als Gegenpol zu linken Parteien aufgebaut worden, genießen sie jetzt Rückhalt in Teilen der Bevölkerung. Der Wirtschaftsboom der 80er Jahre in den entwickelten, kapitalistischen Ländern fand auf dem Rücken der „3. Welt“ statt. Mit der Rezession Ende der 80er und dem Druck von IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank wurden die sozialen Mißstände noch ausgeprägter. Jetzt treten die Fundamentalisten antijmperialistisch auf und versuchen mit sozialer Phrasologie, Glaubensbrüder für einen islamischen „Gottesstaat“, in dem die Fundamente des Islam die Grundlage der Gesetze bilden, zu gewinnen. Sie geben sich zwar antijmperialistisch, aber ihre Führung und Ideologie ist zur Gänze reaktionär. Dies zeigt sich am besten dort, wo die Fundamentalisten an der Macht

sind. Im Iran können die Konzerne mit der ökonomischen Öffnung zum Westen weiterhin dicke Profite einstreifen. Die „Revolution“ wird durch die häufigen Streiks und Revolven der Arbeiter brutal niedergewaldet. Auf der Straße dürfen die Frauen nur mehr mit Schleier gehen, und Gegner des Regimes werden gefoltert und hingerichtet.

Zu Zeiten der stalinistischen Diktaturen in Osteuropa hatte die Sowjetunion in diesen Gebieten eine große Anziehungskraft. Doch die KP-Führungen erwiesen sich mit ihrer „Volkfrontpolitik“ (z.B. in Persien gemeinsam mit Khomeini gegen den Schah) als unfähig den Kapitalismus zu stützen. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus sind sie nun als politischer Faktor vielfach verschwunden. Das Fehlen von linken Alternativen ermöglicht es jetzt, daß viele Jugendliche und ArbeiterInnen ihre Hoffnungen in der Stimme des Islam ausdrücken.

In vielen Staaten gehen die Fundamentalisten mit Terror vor, was auf dem kompletten politischen System zu destabilisieren und an die Macht zu kommen. Der Staat antwortet mit Gegen-



Khomeini

terror, willkürlichen Verhaftungen, Folter und Hinrichtungen. Aber mit welcher Alternative ist der Arbeitslosigkeit, dem Elend und der Unterdrückung nun zu entkommen? Die betroffenen Massen von den Slums in Afrika bis zu den Flüchtlingslagern im Gazastreifen müssen erkennen, daß der islamische Fundamentalismus nicht die gesuchte Lösung aus dem Elend ist. „Nieder mit dem Fundamentalismus!“, „Nieder mit den Diktatoren“, nur eine sozialistische Alternative kann ein lebenswertes Leben schaffen. Denn um fundamentalistische Regime an die Macht gekommen sind, wurde eine korrupte kapitalistische Regierung durch eine andere ersetzt.

S P A R
P A K E T



Sparpaket ist Umverteilung von unten nach oben, daher:

Die Reichen sollen zahlen

Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. Die Sache hat nur einen Haken - nicht alle sind reich, sondern nur eine kleine Gruppe. Der Reichtum ist in Österreich extrem ungleich verteilt. Der kleinen Gruppe von Superreichen stehen laut einer Studie des Sozialministeriums bis zu 950.000 Menschen gegenüber, die nichts haben - die schlicht und einfach arm sind.

bis 1998 wird der Anteil der Unternehmenssteuern an den gesamten Steuereinnahmen von 16,74% auf 13,92% sinken, der Anteil der Lohnsteuer wird von 26,6% auf 29,8% steigen.

von Sonja Grusch;

40.000 Österreicher verdienen mehr als 1 Million öS im Jahr - etwa genauso viele erhalten das erhöhte Karenzurlaubsgeld (und das erhält man nur, wenn man es wirklich nötig hat).

1% der Österreicher (nämlich das reichste %) besitzt 25% des gesamten Reichtums - die reichsten 10% besitzen sagenhafte 60%.

Demgegenüber besitzt rund ein Drittel der Österreicher nichts außer Hausrat, Auto und/oder Schulden. Die Einkommensverteilung in Österreich ist der eines „3. Welt“-Landes nicht unähnlich - einige Superreiche stehen der (armen oder zumindest nicht wohlhabenden) Masse gegenüber.

„Aber die Reichen haben ja auch mehr gearbeitet, deshalb sind sie jetzt auch reich“. Das Unternehmermagazin Cash-Flow widerlegt diese Legende selbst: Von den zehn reichsten Österreichern haben acht ihr Vermögen geerbt. Um wirklich reich zu werden, muß man reich sein! Der überwiegende Teil der neugegründeten Kleinunternehmen - und nur das kann sich der Normalsterbliche leisten - geht binnen zwei Jahren in Konkurs. Und in wirtschaftlichen Krisenzeiten sind es auch die Kleinen, die als erste draufgehen.

Milliarden hinterzogen

Ein normaler Arbeitnehmer hat keine Möglichkeit, Steuern zu hinterziehen; weil die Steuer abgezogen wird,

bevor er sein/en Lohn/Gehalt überhaupt erhält. Nicht so der Unternehmer: Diesem bieten sich diverse Gelegenheiten, zu hinterziehen. Nach Schätzungen werden mindestens 25% der Steuerleistung von Selbständigen hinterzogen. Und von dem verbleibenden Rest wird wieder ein Teil einfach nicht gezahlt. Die Steuerschulden betragen zur Zeit etwa 40 Milliarden öS, wobei etwa die Hälfte davon Umsatzsteuerschulden sind - also Steuern, die der Konsument bereits gezahlt hat, der Unternehmer aber einfach in die eigene Tasche steckt.

Die Reichen werden immer reicher

Dazu kommt aber auch noch, daß (verstärkt in den letzten Jahren) eine Umverteilung von unten nach oben stattfindet. Die erste Steuerreform hat eigentlich nur den Besserverdienenden genützt, in der zweiten Steuerreform 1992 wurden wichtige Unternehmersteuern abgeschafft. Ergebnis: durch den Wegfall der Vermögenssteuer entgehen dem Staat 1995 etwa öS 12 Milliarden! Durch die Senkung des Spitzensteuersatzes von 62% auf 50% entgehen dem Staat etwa 15 Milliarden im Jahr!

Dieses Loch im Staatshaushalt muß aber gedeckt werden. Und zwar von den „kleinen Leuten“ - z.B. durch das Sparpaket, das sozial Schwache trifft. Oder durch die Erhöhung der Mineralölsteuer, die denselben Effekt hat. Gleichzeitig geht der Prozeß der Umverteilung von unten nach oben über die „Steuerschiene“ weiter: Von 1993

Und was tut die SPÖ?

Die SPÖ-Führung argumentiert, daß die aktuellen Sparmaßnahmen unbedingt notwendig sind. „Man sei zwar nicht mit allen Punkten glücklich“, aber ansonsten „bricht die Koalition, und dann kommt blau-schwarz“. Vranitzky & Co verzichten in vorausgehendem Gehorsam auf alle Forderungen, die den Arbeitnehmern etwas bringen könnten und betreiben Sozialabbau, der ihre eigene Basis trifft. Bisher hat der rechte Kurs der SPÖ-Führung in erster Linie dazu geführt, daß die Forderungen der Unternehmer immer frecher wurden und die „Freiheitlichen“ immer stärker. Doch eine größer werdende Schicht von Arbeitnehmern und Jugendlichen ist nicht länger bereit, der Rechtsentwicklung und den immer schärfer werdenden Unternehmerangriffen weiter tatenlos zuzusehen. Vor allem auch in der SPÖ-Basis und im ÖGB rumort es gewaltig. Mit dem Widerstand gegen das Belastungspaket wird dem bisher scheinbar ungebremsten Rechtstrend - in Ansätzen - etwas von links entgegengesetzt.

Die Reichen sollen zahlen!

Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Monaten weiter fortsetzen! Einerseits wird der Druck von unten wachsen, andererseits werden die Unternehmer auf noch stärkeren Sozialabbau drängen.

Die aktuellen Kürzungsmaßnahmen sollen den Beginn einer noch schlimmeren Umverteilungspolitik zugun-



VORWÄRTS
auf der
SAP-Demo

sten der Reichen einleiten. Daher ist ein grundsätzlichen Kurswechsel nötig:

- Sofortige Eintreibung aller Steuerschulden
- Anhebung des Spitzensteuersatzes
- massive Vermögens- und Kapitalbesteuerung.

Gleichzeitig fordern wir eine soziale Offensive:

Arbeitszeitverkürzung, um Arbeitslosigkeit abzubauen, öS 12.000,- Mindestlohn, um die wachsende Armut zu bekämpfen. Ein Programm, das sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, muß von unten erkämpft werden. Gerade die ÖGB- und SPÖ-Funktionäre, die verbal gegen das 'Sparpaket' protestieren, sind hierbei gefordert!

**D WEG
MIT DEM
E BELASTUNGSPAKET!**

**M Samstag 25.3.1995
O 13.30 Westbahnhof (Wien)**

PLATTFORM GEGEN DAS BELASTUNGSPAKET

Du willst was gegen Sozialabbau tun? Ruf uns an: 0222/ 597 0 432